

Sifa-Post

Neues zu Sicherheit und Kriminalität

21. Januar 2009

sifa - SICHERHEIT FÜR ALLE, Aktion gegen Kriminalität

Postfach 23
CH-8416 Flaach
Tel: 052 301 31 00
Fax: 052 301 31 03
PC-Konto: 87-370818-2

mail to: info@sifa-schweiz.ch

*Für den Inhalt ist verantwortlich:
Ulrich Schliuer, Geschäftsführer sifa*

Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie uns Änderungen
Ihrer E-Mail-Adresse mitteilen.

Sifa empfiehlt Nein zur Personenfreizügigkeit

Untragbare Belastung für unsere Sicherheit und unsere Sozialwerke

Die Vereinigung «sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE» empfiehlt für die Eidgenössische Volksabstimmung vom 8. Februar die NEIN-Parole. Eine Zustimmung zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien verursacht der Schweiz unter anderem grosse Probleme für die Sicherheit und für die Sozialwerke.

Durch das vom Parlament geschnürte Gesamtpaket über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen EU-Staaten und die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien ist eine unverfälschte Stimmabgabe nicht möglich.

EU ist sich selbst uneinig

Bis heute haben von den 25 «alten» EU-Mitgliedern erst vierzehn die Personenfreizügigkeit mit den beiden Neumitgliedern Rumänien und Bulgarien beschlossen. In Deutschland ertönt der Ruf nach Überarbeitung dieses Hochkonjunktur-Abkommens immer drängender. England, das nach der ersten Osterweiterung seine Grenzen sofort und bedingungslos geöffnet hatte, kämpft seither mit grössten, sich in der Krise jetzt noch verschärfenden Schwierigkeiten, weil diese Sofort-Grenzöffnung mehr als eine Million Polen zur Übersiedlung nach England veranlasst hatte. London tut alles, dass sich ein vergleichbarer Albtraum mit Rumänien und Bulgarien nicht wiederholt. Italien, das von Hunderttausenden eingewanderter Roma heimgesucht wird, hat formell bestehende EU-Vereinbarungen schlicht und einfach gebrochen. Und da will man die Schweiz dazu erpressen, all das widerspruchslos zu schlucken, was andere EU-Staaten als unverdaubar erkannt haben?

Einbrüche, Diebstähle, Schmuggel, Prostitution, illegale Einwanderung, Geldwäscherei. Kriminaltourismus von Menschen aus Rumänien, beispielsweise aus den nahen Roma-Auffanglagern bei Strassburg werden auch in der Schweiz zum Problem. Der Anteil von ausländischen Delinquenten in unseren Gefängnissen ist bereits jetzt überproportional: Wenn die Einreise zwischen Ländern mit höchst unterschiedlichem Lebensstandard und sozialer auseinanderklaffender Absicherung weiter erleichtert wird, profitieren in erster Linie jene, die auf dem tieferen Niveau sind. Wo sind die Vorteile für unser Land?

Ungelöstes Roma-Problem

Die beiden neuen EU-Mitglieder, deren Aufnahme selbst in der EU zunehmend als Fehler angesehen wird, sind schlecht angeschrieben punkto Korruption, Glaubwürdigkeit des Staates, mafiösen Praktiken, mangelhafter Gewaltentrennung. Besorgniserregend ist die auf Korruption beruhende schnelle Gewährung der bulgarischen Staatsangehörigkeit (z.B. an Moladwier) mit monatlich rund tausend Gesuchen in Bulgarien). 80 Prozent der neu eingebürgerten Personen begeben sich nach erfolgter Express-Einbürgerung rasch nach Westen.

Auch Rumänien exportiert seine Bevölkerung: Drei Millionen Rumänen leben und arbeiten im Ausland. Unter den Rumänen befindet sich eine viele Probleme verursachende, zahlenmässig grosse Roma-Minderheit. Sie leben in prekären Verhältnissen und sind schlecht integriert. Täglich reisen 2000 Roma in Italien ein, die sich in Notlagern niederlassen und von Delinquenz leben (Prostitution, von Jugendlichen begangene Diebstähle und Einbrüche, die wegen des Alters der Täter nicht geahndet werden). Auch das tolerante Schweden hat Probleme mit den Roma, die sich nicht integrieren und zu 50 Prozent ihre Kinder nicht zur Schule schicken.

Untragbare soziale Belastungen

Wenn die Bevölkerung der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien zustimmen sollte, hätte dies massive Auswirkungen. Sieben Jahre nach Inkraftsetzung dieser Erweiterung hätten Bulgaren und Rumänen theoretisch nach einem Tag Arbeit in der Schweiz grundsätzlichen Anspruch auf die vollen Arbeitslosengelder (400 Taggelder). Voraussetzung dafür wäre lediglich, dass sie im EU-Ausland (z. B. in Bulgarien oder Rumänien) die restlichen 364 Tage einer Arbeit nachgegangen sind.

Es ist nicht zu begründen, weshalb unser Land ausgerechnet im Zeitpunkt einer sich rasch verschärfende, schweren Rezession seine Grenzen öffnen soll für eine gesteigerte Ost-Zuwanderung mit allen Folgen für die schweizerischen

Arbeitsplätze, unsere Sozialwerke, die zivile Sicherheit und den inneren Frieden. Ein Ja zur erweiterten Personenfreizügigkeit schwächt den Standort Schweiz, denn mehr Arbeitslosigkeit, mehr Sozialfälle, mehr Kriminalität, mehr Ohnmacht bringen Kosten. Diese sind zu bezahlen – sei es durch höhere Lohnabzüge, sei es durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Nur das Nein schützt die Schweizer Arbeitsplätze – und bewahrt die Schweizer Sozialwerke, die ALV, die AHV, die IV und die Fürsorge vor Ausbeutung. Der Bundesrat kann die Verlängerung der bestehenden Verträge gemäss seiner ursprünglichen Absicht jederzeit wieder vorlegen. Aber die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien wäre für die Schweiz ruinös. Deshalb Nein!

sifa

Einladung Wintertagung zur Sicherheitspolitik:

Einladung zur öffentlichen

**4. sifa-Wintertagung zur
Sicherheitspolitik**

Samstag, 24. Januar 2009, 09.45 bis 12.00 Uhr

Grossrats-Saal im Grossratsgebäude

Obere Vorstadt 10, 5000 Aarau

«Armee am Abgrund»

mit Diskussion

Referent:

Beni Gafner, Journalist

(anschliessend Apéro bis 13.00 Uhr)

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Bitte leiten Sie die Einladung weiter an Bekannte und Freunde.

Vielen Dank!

Hinweis auf Veranstaltungen, deren Besuch wir empfehlen:

Donnerstag, 22. Januar 2009: Steffisburg BE

«Personenfreizügigkeit - wie weiter?»

Aula Schönau, 20.00 Uhr

(Türöffnung: 19.00 Uhr)

Referent: a. Bundesrat Dr. Christoph Blocher

Donnerstag, 22. Januar 2009: Zürich-Witikon

Podiumsdiskussion zur Personenfreizügigkeit

«Ungebremste Zuwanderung in die Schweiz»

Restaurant Elefant, Witikonerstrasse 279, 19.30 Uhr

(Türöffnung: 19.00 Uhr)

Es diskutieren: Nationalrat Hans Fehr (SVP), Nationalrat Lukas Reimann

(SVP), Nationalrat Daniel Jositsch (SP), Nationalrätin Anita Thanei (SP)

Gesprächsleitung: Roger Liebi (SVP), Stadtratskandidat Stadt Zürich

Mittwoch, 28. Januar 2009: St. Moritz

Referat zur Personenfreizügigkeit

Hotel Waldhaus am See, Via Dim Lei 6, 19.30 Uhr

Referent: Dr. Ulrich Schlüer, sifa-Geschäftsführer

Samstag, 31. Januar 2009: Frauenfeld

«Personenfreizügigkeit – wie weiter?»

Casino, Bahnhofplatz, 10.30 Uhr

Referent: a. Bundesrat Dr. Christoph Blocher

(Türöffnung: 09.30 Uhr)

Eine Veranstaltung der Jungen SVP Thurgau

Wir bitten Sie: Verbreiten Sie diesen Kommentar an alle Ihnen zugänglichen Adressen.

Werden Sie sifa-Mitglied.

Informationen erhalten Sie bei:

sifa - SICHERHEIT FÜR ALLE, Postfach 23, 8416 Flaach

Tel. 0041 (0)52 301 31 00

Fax 0041 (0)52 301 31 03

info@sifa-schweiz.ch

Besuchen Sie die «sifa» im Internet:

www.sifa-schweiz.ch